

17069/AB
Bundesministerium vom 29.03.2024 zu 17670/J (XXVII. GP)
Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
sozialministerium.at

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.102.571

Wien, 26.3.2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 17670/J der Abgeordneten Peter Wurm, Christian Reis, Walter Rauch, Peter Schmiedlechner** betreffend **Wie stoppt die Bundesregierung die Shrinkflation in Österreich und der EU?** wie folgt:

Fragen 1 bis 3:

- *Kennen Sie als zuständiger Gesundheits- und Konsumentenschutzminister das Ergebnis der aktuellen Diskussion bei den Verbrauchern und der Wirtschaft über die Auswüchse der „Shrinkflation“ in Österreich und der EU?*
- *Wie beurteilen Sie als zuständiger Gesundheitsminister das Ergebnis und welche verbrauchergesundheitspolitischen Schlussfolgerungen ziehen Sie für das BMSGPK aus den Auswüchsen der „Shrinkflation“ in Österreich und der EU?*
- *Wie beurteilen Sie als zuständiger Konsumentenschutzminister das Ergebnis und welche konsumentenschutzpolitischen Schlussfolgerungen ziehen Sie für das BMSGPK aus den Auswüchsen der „Shrinkflation“ in Österreich und der EU?*

Ein Hintanhalten von Shrinkflation und transparentes und faires Vorgehen gegenüber Konsument:innen ist mir ein Anliegen. Mein Ressort befasst sich daher selbstverständlich mit den aktuellen Diskussionen zu dieser Problematik und befindet sich seit dem Vorjahr im Austausch mit dem Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft.

Am 20.3.2024 fasste zudem der Nationalrat die Entschließung (362/E XXVII. GP), welche den Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft ersucht, im Einvernehmen mit mir Erhebungen zur Problematik durchzuführen, mögliche Maßnahmen zu prüfen und diese dem Nationalrat zur Beratung zuzuleiten.

In diesem Zusammenhang wurden von meinem Haus aktuelle Erkenntnisse des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) bereits an das BMAW übermittelt. Der VKI beschäftigt sich seit längerem mit der Thematik und nimmt Meldungen von Konsument:innen entgegen, die er publik macht (siehe www.konsument.at/shrinkflation).

Der Gesetzgeber in Frankreich beabsichtigt eine nationale Maßnahme gegen Shrinkflation und hat diese an die Europäische Kommission notifiziert. Es wird geprüft, ob diese unionsrechtlich zulässig ist. Sobald der Ausgang feststeht, können weitere Überlegungen zu nationalen Regelungen in diesem Zusammenhang angestellt werden.

Im Übrigen verweise ich auf die Beantwortung der Fragen 4 und 5.

Fragen 4 und 5:

- *Welche Maßnahmen sind von Seiten des BMSGPK in Kooperation mit dem Verein für Konsumenteninformation (VKI) im Hinblick auf Rechtsverfahren gegen Produzenten und Händler, die durch „Shrinkflation“ in Österreich und der EU „verhaltensauffällig“ geworden sind, für das Jahr 2024 geplant?*
- *Welche Rechtsverfahren wurden im Auftrag des BMSGPK in Kooperation mit dem Verein für Konsumenteninformation (VKI) gegen Produzenten und Händler, die durch „Shrinkflation“ in Österreich und der EU „verhaltensauffällig“ geworden sind, seit dem 1. Jänner 2020 geführt?*

Der VKI hat bereits im vergangenen Jahr im Auftrag des BMSGPK eine Klage gegen einen großen Markenartikelhersteller gestützt auf das Irreführungsverbot nach § 2 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) eingebracht. Weitere Verfahren werden vom VKI bereits im Sinne der vom BMSGPK beauftragten Klagsschwerpunkts geprüft.

Damit sollen offene Rechtsfragen der Shrinkflation-Problematik nach dem Lauterkeitsrecht (UWG) geklärt werden.

Das Ergebnis der Verfahren wird sodann über www.verbraucherrecht.at einsehbar sein.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

